

Antworten des Kandidierenden-Duos Dr. Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel

FRAGEN DER SPD ALEXANDERPLATZ

1.) Mieten und Wohnen

Auch rund um den Alexanderplatz ist bezahlbarer Wohnraum immer schwieriger zu finden. Und das obwohl die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft WBM hier viele Wohnungen vermietet und darüber hinaus auch Milieuschutzgebiete existieren.

Welche Instrumente soll die Berliner SPD euren Vorstellungen nach in Zukunft politisch vorantreiben, um dem Problem von immer weiter steigenden Mieten und knappen bezahlbaren Wohnraum angemessen begegnen zu können?

Die Wichtigste Maßnahme ist und bleibt eine, die nur der Bund vollziehen kann: die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit, die unter Helmut Kohl und im Fahrwasser des „Neue Heimat-Skandals“ abgeschafft wurde. Bis dahin hatte Deutschland eines der erfolgreichsten Sozialbaumodelle weltweit, mit ca. 1/3 des gesamten Wohnraumbestands im Sozialbindungsbereich. Es galt: einmal mit öffentlichen Mitteln errichtet, verbleibt eine Wohnung in der Sozialbindung. Es sind keine spekulativen Gewinnmitnahmen durch diese möglich. Seit der Abschaffung fallen regelmäßig pro Jahr zehntausende Wohnungen aus der Sozialbindung heraus und werden dem „freien Markt“, der immer weiter überhitzt, überlassen. Mietsteigerungen von 100% und mehr innerhalb einiger Jahre sind die Regel, und nicht die Ausnahme. Die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit hat sich die Ampel auf Bundesebene in den Koalitionsvertrag geschrieben. Indes: ein Gesetzesentwurf dazu liegt nicht vor. Wir werden als dringendste Maßnahme eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung anregen!

Damit der Wohnungsmarkt fit für die Zukunft wird, muss bei landeseigenen Unternehmen der Neubau Priorität haben. Wir wollen dazu eine langfristige, gemeinwohlorientierte und konsequent durchgeführte Neubausstrategie entwickeln und einen echten und rechtssicheren Mietendeckel einführen, der unter Erklärung eines „gestörten Markts“ die Mieterhöhung auf die Inflationsrate begrenzt. Außerdem wollen wir uns zusammen mit der Wirtschaft für mehr Werkwohnungen stark machen. Dafür wollen wir auch unsere Landesunternehmen nutzen - so wie es etwa mit der Charité für Pflegekräfte gelingt. Dazu gehört für uns auch bezahlbares Wohnen für Azubis und Studierende.

Außerdem brauchen wir eine Bauhütte, die für die landeseigenen Wohnungen alle Aufgaben rund um das Bauen übernimmt oder koordiniert. Dies hat bereits in den 20-er Jahren unter Martin Wagner funktioniert, dem damaligen SPD-Baudirektor, und wird es auch heute.

Grundsätzlich müssen Bauvorhaben beschleunigt werden können. Auch dafür werden wir uns einsetzen.

Außerdem haben wir immer weitere Leerstände an Bürogebäuden in der Stadt. Auch wenn hier eine Umwidmung und Umnutzung rechtlich nicht einfach ist, wollen wir diesen Weg gehen. Gerade in den Innenstadtbereichen sind hier wertvolle Potentiale. Und ja: auch die Randbebauung des Tempelhofer Felds unter garantierter Sozialbindung des Großteils der Wohnungen ist für uns ein Thema.

Und um das auch klar zu sagen: nicht der teure Rückkauf von bereits einmal mit öffentlichen Geldern errichteter Wohnungen ist unser Weg. Das ist ineffizient, viel zu teuer und auch ungerecht. Wir müssen den Neubau UND den Verbleib dieser Wohnungen in der Sozialbindung forcieren. Das ist unser Weg.

2.) Mobilität und Verkehr

Der Alexanderplatz ist verkehrstechnisch sehr gut angebunden. Für uns als SPD Alexanderplatz stellt sich seit langem aber darüber hinaus die Frage, wie die Sicherheit von Fahrradfahrenden und zu Fuß gehenden verbessert werden kann. Immer noch gibt es zu viele Unfälle, in denen die schwächsten Verkehrsteilnehmenden verwickelt sind.

Außerdem ist für uns die Frage der Feinstaubbelastung wichtig. Vor allem an großen Verkehrsachsen wie der Torstraße und Karl-Liebknecht-Straße leben viele Menschen, für die eine saubere Umwelt und eine gute Luftqualität genau so wichtig sind wie für Menschen in grünen Außenbezirken.

Wie soll die Berliner SPD sich zukünftig aufstellen, um auch hier eine bessere Politik machen zu können?

Ihr habt völlig recht und ein Problem benannt, das uns stadtweit begegnet: wie verteilen wir den begrenzten Raum der Stadt möglichst gerecht und sinnvoll? Wir sind selbst oft mit dem Rad unterwegs und kennen aus eigener Erfahrung die Situationen, in denen es brenzlich wird oder gar lebensgefährlich. Dabei unterstellen wir niemandem absichtlich ungestümes Verhalten, meist ist die Verkehrsführung noch den 60er Jahren entsprungen und nicht auf die neue Mobilität ausgerichtet.

Ihr sprecht von den Konflikten, die sich zwischen den Verkehrsteilnehmenden tagtäglich ergeben und die mit steigenden Unfallzahlen einhergehen. Wir wollen Unfallschwerpunkte analysieren und auf bauliche Veränderungsmöglichkeiten überprüfen. Und wir wollen den konsequenten Ausbau einer modernen Radinfrastruktur nach Kopenhagener Modell fördern. Dort wird seit Jahren kontinuierlich die trimodale Verkehrsplanung gemacht: mit eigenen Trassen für Radfahrende, Fußgehende und auch Autofahrende.

Im verkehrsverdichteten Innenstadtbereich, wie der Alexanderplatz, die Karl-Liebknecht-Straße, die Torstraße und weitere, sollte grundsätzlich Tempo 30 gelten. Damit schützen wir nicht nur schwächere Verkehrsteilnehmende wie Fußgängerinnen und Radfahrer, sondern senken auch die Feinstaub- und die Lärmbelastung. Wir verfolgen klar das Ziel der Vision Zero!

Dabei finden wir aber auch, dass wir Fragen nach dem Sinn immer größerer Fahrzeuge in der Stadt, sprich: SUVs, stellen müssen. Waren in den 70er Jahren Fahrzeuge noch durchschnittlich 1,65m breit und Parkplätze genormt 2,30m, so sind sie heute durchschnittlich 1,85m breit und die Parkplätze genormt 2,50m. Dies geht zulasten der anderen Verkehrsteilnehmenden. SUVs sind stadtuntauglich. Die Diskussion, die durch die Initiative in Paris angestoßen wurde, wollen wir auch in Berlin führen. Breite und hohe Autos würden in unserer Vorstellung mit Maluspunkten versehen, kleine und stadtgerechte E-Fahrzeuge mit Bonuspunkten. Außerdem verursachen SUVs weit schwerere Verletzungen, als kleinere Fahrzeuge, wenn es zum Unfall kommt (ADAC-Unfallstatistik 2021).

Des Weiteren wollen wir über die Steigerung der Preise von Anwohnendenparkplätzen reden. 20,40€ für 2 Jahre empfinden wir als Anachronismus. Die Steigerung müssen aber für Familien oder Alleinverdiener leistbar bleiben. Ein Preiskorridor von ca. 100€ für 2 Jahre ist für uns denkbar.

Des Weiteren wollen wir Carsharing-Angebote stärken und eventuell ein Anreizmodell für die Abschaffung des eigenen Kfz. schaffen, bspw. durch die zeitlich begrenzte, verbilligte Abgabe des ÖPNV-Tickets gegen Nachweis des Fahrzeugverkaufs.

Das Thema Feinstaub und auch Gummiabrieb beschäftigt uns ebenso intensiv, insbesondere aus Klimagesichtspunkten.

Wir haben viele Stellschrauben, die auch durch die Wissenschaft erarbeitet wurden und über die wir nachdenken müssen:

Wirtschaft

- Schadstoffbegrenzungen für Kraftwerke und Betriebe (z.B. Emissionsrichtlinien für Industrieanlagen)
- emissionsmindernde Maßnahmen durch z.B. Filter und Modernisierungen
- geringerer Einsatz fossiler Brennstoffe: hier haben wir die größte Transformationsherausforderung im Wärmebereich nach dem Aufkauf des Wärmenetzes von Vattenfall und der Erzeugungsanlagen
- ökonomische Anreizsysteme wie z.B. Steuern auf Verbrauch von Energie und Emissionen, Stichwort: CO₂-Bepreisung

- Forcierung der Förderprogramme für umweltschonende Anlagen und Prozesse - hier sind auch Mittel des Bunds wichtig, die leider durch die Haushaltsprobleme teilweise entfallen sind

Wohnen und Raumplanung

- Förderung und Begleitung des Austausches von Öl-, Gas und Kohleheizungssystemen und Einsatz von erneuerbaren Energiequellen, wie Wärmepumpen
- Förderung und Begleitung der thermischen Sanierung des Wohnbaus. Gerade im Bestand sind die größten Einsparpotentiale, wie wir wissen. Allerdings auch die schwierigste Umsetzung
- konsequenter Einbau von Grauwassernutzungsanlagen für Wärmerückgewinnung in Neubauten der öffentlichen Hand und Förderung dieser bei Privatbauten

Verkehr

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Ausbau von Radwegen
- Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr, z.B. sichere Abstellflächen inkl. Beleuchtung und Safesicherheit
- Ausbau der E-Mobilität (öffentliche Ladesäulen)
- Förderung „kurzer Wege“ in der Stadt
- Erhalt, Ausbau und Förderung von Frischluftschneisen und Grünflächen
- Tempolimits in besonders belasteten Gebieten sowie
- Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter und Fahrzeuge mit Schadstoffklasse Euro 5 und darunter

3.) Kampf gegen Rechtsextremismus/ Stärkung der Demokratie

Als Ortsverein, in dessen Gebiet, viele Orte sind, die an die grausame Herrschaft der Nationalsozialisten erinnern, fühlen wir eine große Verantwortung für die Verteidigung unserer Demokratie und für einen starken Einsatz im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Zivilgesellschaft hier ist stark und lebendig. Es finden aber auch bei uns im Abteilungsgebiet besonders viele rechtsextreme Aufmärsche und Versammlungen statt, aus denen u.a. Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit propagiert wird. Darüber hinaus leben viele Mitglieder zweier jüdischer Gemeinden in direkter Nachbarschaft. Wie kann eurer Vorstellung nach die Zivilgesellschaft weiter gestärkt werden und wo genau soll der Rechtsstaat robuster gegen Feinde der Demokratie vorgehen?

Großen Dank an euch alle für euren Einsatz im Kampf gegen Rechtsextremismus und die Stärkung der Demokratie. Wir als SPD sind das Bollwerk gegen Rechts und müssen die Zivilgesellschaft hier unterstützen, wo es nur geht. Wir wollen den Staat als starken, handlungsfähigen Akteur ausbauen, der gleiche Regeln und ein solidarisches Zusammenleben in Berlin garantiert. Nur so erhalten wir die Stärken einer liberalen und weltoffenen Stadt im Herzen Europas, die Leuchtturm für Menschen in anderen Teilen der Welt ist, die für genau diese Freiheiten kämpfen.

Wir glauben, dass es an der Zeit ist, uns einzugestehen, dass der Kampf gegen Rechts ein Langstreckenlauf ist und viele unserer Antworten bisher viel zu kurzatmig sind. Wir müssen Antworten in unterschiedlichen Arenen finden und auf unterschiedlichen Ebenen – nicht alle Antworten werden wir in Berlin allein geben können. Auch im Bund muss sich noch einiges bewegen. Unsere Ideen wollen wir kurz anreißen. Aber es erfordert eine weitaus umfassendere Debatte über eine langfristige Strategie, die wir mit unserem Amtsantritt initiieren werden.

- Ja, wir brauchen ein viel entschiedeneres Vorgehen gegen jede Form von Diskriminierung. Insbesondere aber auch gegen die AfD und deren Vorfeldgruppen. Wir unterstützen die Prüfung eines Verbotsverfahren gegen die AfD. Sollte dies rechtssicher möglich sein, wollen wir diesen Weg unterstützen. Wir sind überzeugt, dass man gegen Vorfeldorganisationen der AfD bis hin zu ihrer Jugendorganisation sowie gegen einzelne Personen, die nicht auf dem Boden der freiheitlich, demokratischen Grundordnung stehen, viel entschiedener vorgehen muss. Die Entfernung aus dem öffentlichen Dienst, die Verweigerung der Kandidatur für kommunale Mandate, usw. sind heute schon möglich und ein wichtiger Bestandteil einer Kriminalisierungsstrategie gegen Rechts.

- Wir brauchen eine langfristige Aktivierung der Zivilgesellschaft für demokratisches Engagement. Diverse Untersuchungen belegen leider, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen andernorts massiv unter dem Rückzug ins Private leiden und in der Regel kaum noch die eigene Arbeit bewältigen, geschweige denn Demokratie-Bildung oder Engagement-Stärkung voranbringen. Wir benötigen daher systematische Schulungsangebote, evtl. auch digitale Berlin-Apps, die den Ehrenamtlern und Ehrenamtlerinnen helfen, ihre Organisationen effizienter zu entwickeln, Mitglieder für die Demokratiearbeit zu aktivieren und sich untereinander besser zu vernetzen. Apropos vernetzen: Auch die SPD muss sich wieder besser mit der Zivilgesellschaft vernetzen. Regelmäßige Einladungen und Treffen mit diesen Organisationen, eine enge Verzahnung auch der hauptamtlichen Ebenen, spezielle Diskussionsräume, in denen wir uns mit den ExpertInnen der Zivilgesellschaft zu Fachthemen austauschen (nicht um ihnen recht zu geben, sondern um sie ernstzunehmend und ihre Expertise auch für uns zu nutzen), sind dringend erforderlich.
- Wir müssen gemeinsam mit Gewerkschaften, Kirchen, anderen demokratischen Parteien schnellstmöglich eine Antwort auf die Frage nach der Zukunft der „Wir sind die Brandmauer“-Bewegung geben. Die Mitte der Gesellschaft muss sich der Verantwortung stellen und an die Spitze dieser Bewegung rücken. Wenn das Line-up der letzten Demonstration in Berlin (mit einer Ausnahme) die Unterstützer der Ampelkoalition als wahlweise Rassisten oder Förderer rassistischer Politik beschimpft, dann spaltet und schwächt das die Bewegung gegen Rechts. Aber wir können uns dann auch nicht hinstellen und das schweigend hinnehmen, sondern müssen uns und andere an ihre Verantwortung erinnern und aktiv nach vorne gehen. Das übrigens vermissen wir bei der aktuellen SPD-Spitze.
- Der Senat wiederum könnte gerade mit der Berliner Wirtschaft an Resilienzstrategien gegen Rechts arbeiten. Betriebe sind einer der wenigen verbliebenen Orte, an denen Menschen miteinander Differenz ertragen können (und müssen). Folgt man Prof. Nassehi in seinem Plädoyer, dass wir uns wieder Ambiguitätstoleranz zulegen müssen, dann sind gerade solche Orte erlebter Differenz etwas, das wir für die Arbeit gegen Rechts viel aktiver nutzen müssen. Und Betriebe sind im Kampf für die freiheitlich, demokratische Grundordnung eben keine politisch neutralen Orte. Dies erfordert zudem eine enge Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Betriebsrat oder Gewerkschaften.
- Einer der wenigen weiteren Orte für diese Sozialisationsorte der Toleranz sind übrigens die Sportvereine. Darum unterstützen wir eine weitere Intensivierung der Arbeit in den Sportvereinen und mit den Sportvereinen – hin zu einer gemeinsamen Strategie für Vielfalt und Demokratie.
- Wir müssen uns aber in Berlin auch darüber unterhalten, welchen Beitrag wir mit einer nicht funktionierenden Verwaltung bieten, das Narrativ der Rechten über einen dysfunktionalen Staat zu bedienen. Wir brauchen nicht nur eine bessere Vermarktung unserer digitalen Verwaltung, sondern auch einen Ausbau digitaler Services. Noch wichtiger erscheint uns aber, dass wir über eine Art Demokratie-Infrastruktur nachdenken sollten: Dialogangebote, digitale Bürgerstunden, digitale Mitwirkungsmöglichkeiten, Transparenzregeln, Austauschplattform zwischen dem Staat Berlin und seinen Bürgerinnen und Bürgern.

Der Kampf gegen Antisemitismus liegt uns in diesen Tagen besonders am Herzen. Schon vor dem 7. Oktober 2023 konnte in Deutschland, aber auch in Berlin, ein wachsender Antisemitismus beobachtet werden. Nach dem terroristischen Überfall der HAMAS auf Israel sind die antisemitischen Angriffe jedoch stark angestiegen. Jüdinnen und Juden leben in Sorge um ihre Sicherheit und die ihrer Kinder; sie geben sich daher in der Öffentlichkeit nicht als Jüdinnen und Juden zu erkennen.

Gerade in Berlin war ein israelbezogener Antisemitismus zu beobachten, der in Teilen den Terrorangriff gefeiert und häufig das Existenzrechts Israels in Frage gestellt hat. Der Angriff auf die Synagoge in der Brunnenstraße und die Kennzeichnung von Häusern mit Davidsternen erinnern viele Jüdinnen und Juden an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Das Grundgesetz sieht Deutschland als wehrhafte Demokratie vor. Wir dürfen den Feinden unserer offenen und toleranten Gesellschaft gegenüber keine Toleranz zeigen.

■ Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Berlin

Jüdinnen und Juden leben seit über 1700 Jahren in Deutschland; dennoch werden sie in der Öffentlichkeit und der (schulischen) Bildung zumeist nur im Zusammenhang mit der Shoah wahrgenommen. Die Erinnerung an

das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte hat einen dauerhaften Platz in der Erinnerungskultur. Darüber hinaus muss der Reichtum des jüdischen Lebens in Berlin und seine Diversität besser vermittelt werden. Wir setzen uns daher für entsprechende Programme ein.

■ **Stärkung des Amtes des „Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus“**

Das Amt ist personell und strukturell zu stärken.

■ **Keine öffentliche Förderung im Falle von Extremismus, Antisemitismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Antiziganismus**

Artikel 1 Absatz 1 GG verpflichtet „alle staatliche Gewalt“, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Dazu gehört es, dass diejenigen, die das Menschenbild des Grundgesetzes nicht anerkennen und unsere offene Gesellschaft (aktiv) bekämpfen, nicht in den Genuss unmittelbarer und mittelbarer (etwa durch die Vergabe von Räumlichkeiten) staatlichen Mittel kommen.

■ **Prüfung von Vereinsverbotsverfahren**

Nach Artikel 9 Absatz 2 GG in Verbindung mit dem Vereinsgesetz können „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten“, verboten werden. Soweit sich Vereine nicht über das Gebiet eines Landes hinaus erstrecken, liegt eine Landeskompentenz vor. Als wehrhafte Gesellschaft können wir keine extremistischen Vereine akzeptieren und fordern die Prüfung und den Vollzug des Verbots solcher Vereine.

■ **Antisemitismusprävention durch schulische Bildung**

Kinder und Jugendliche brauchen ein Wertesystem, das ihnen Orientierung gibt. Auch die Schule ist dafür verantwortlich, dies zu vermitteln.“ So heißt es in den gemeinsamen Empfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz vom 11. Juni 2021– diese sind umfassend umzusetzen. Insbesondere sind die Lehrkräfte zu Inhalten und Formen des Antisemitismus weiterzubilden sowie die Beschäftigung mit dem Judentum in Vergangenheit und Gegenwart und mit Antisemitismus in den Curricula zu verankern. Zudem muss das Thema verpflichtender Bestandteil der Ausbildung an der Hochschule sein.

Wir wissen, dass das nur ein knapper Abriss sein kann aber hoffen, dass wir vieles von dem, was wir als notwendig erachten, auch umsetzen können.

Dazu brauchen wir euch und bitten daher um eure Unterstützung!

Herzliche Grüße
Nicola & Martin